



## Niederschrift

über die 12. Sitzung des Integrationsrates  
am 02.10.2013

**Sitzungsort:** kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 18:57 Uhr

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Rubin, Joginder

Integrationsrat Vorsitzende/r

#### CDU-Fraktion

Radke, Johannes  
Lienesch, Sascha

Ratsmitglied  
Ratsmitglied

#### FDP-Fraktion

Kammel, Jürgen

Ratsmitglied

#### Internationale Liste

Geyik, Süleyman  
Montexier, Herbert  
Pasaportis, Nikolaos  
Vilchez, Gabriela

Mitglied  
stellv. Vorsitzender  
Mitglied  
Mitglied

#### Protokollführer/in

Wagenbrenner, Sabrina

### Es fehlten entschuldigt:

#### SPD-Fraktion

Bilgmann, Brigitte

Ratsmitglied

#### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Piéla-Jonda, Barbara

Ratsmitglied

#### Internationale Liste

Mendez Burneo, Consuelo

Mitglied

Agenda Liste

Grünwald, Christine	Mitglied
Saeed, Rafiq	Mitglied
Sultani, Amir	Mitglied

**Vertreter der Verwaltung:**

Herr Parpart	FB 4
Herr Klein	FB 4

**Außerdem anwesend:**

Herr Tel	Hauptschule Niederpleis
----------	-------------------------

**Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:**

<b>Top</b>	<b>DS-Nr.</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>
------------	---------------	----------------------------

**Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.03.2013
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13.03.2013 gefassten Beschlüsse
4. 13/0211 Integration von Migrantinnen und Migranten in Sankt Augustin; Integrationsbericht der städtischen Ausländerberatung
5. 13/0212 Auswahl eines Logos für den Integrationsrat
6. Anträge der Fraktionen und der im Integrationsrat vertretenen Listen
- 6.1.1. 13/0272 Erstellung eines Integrationskonzeptes durch den Rhein-Sieg-Kreis für die Beantragung eines kommunalen Integrationszentrums
7. Anfragen und Mitteilungen
- 7.1. Anfragen
- 7.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

**Öffentlicher Teil:**

1		<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung</b>	
---	--	--	--

Die Vorsitzende, Frau Rubin, eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

2		<b>Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.03.2013</b>	
---	--	---	--

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.03.2013 erhoben.

3		<b>Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13.03.2013 gefassten Beschlüsse</b>	
---	--	---	--

Die Mitglieder des Integrationsrates haben den entsprechenden Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung vom 13.03.2013 gefassten Beschlüsse

**zur Kenntnis genommen.**

4	13/0211	<b>Integration von Migrantinnen und Migranten in Sankt Augustin; Integrationsbericht der städtischen Ausländerberatung</b>	FB 4
---	---------	--	------

Herr Parpart machte ergänzend darauf aufmerksam, dass ein Angebot der AWO Kita Rasselbande in Gestalt eines interkulturellen Müttertreffs sowie eine Übersicht über die Schülerzahlen der Stadt Sankt Augustin zusätzlich zum Integrationsbericht bereits ausgeteilt wurden. Jeweils ein Abdruck beider Mitteilungen ist der Niederschrift als Anlage (Anlage 1 und Anlage 2 zu TOP 4) beigelegt.

Herr Montexier bat um Erklärung des sich für ihn ergebenden Widerspruchs auf Seite 4 der Verwaltungsvorlage. In Absatz 2 werde erwähnt, dass die Einwohnerzahl Deutschlands nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2012 erneut

zugenommen habe. In Absatz 3 sei jedoch von einem Bevölkerungsrückgang von bis zu 25 Prozent die Rede.

Herr Klein erläuterte daraufhin, dass sich die beiden Angaben zwar widersprüchen, jedoch aufgrund des demografischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Jahren ein Bevölkerungsrückgang - trotz der Zunahme der Einwohnerzahl im Jahre 2012 - erwartet werde.

Herr Radke fragte bezüglich des Islamunterrichtes in NRW, erwähnt auf Seite 26 unter Punkt 3, ob dieser in den Grundschulen der Stadt Sankt Augustin eingeführt worden sei. Herr Klein erwiderte, dass eine Einführung des Islamunterrichtes an Sankt Augustiner Grundschulen nicht bekannt sei, dies jedoch noch genau eruiert werde.

Frau Vilchez erkundigte sich, ob es möglich sei für den nächsten Integrationsbericht Daten über Zwangsheiraten herauszufinden und entsprechend dem Integrationsbericht hinzuzufügen. Herr Parpart teilte daraufhin mit, dass eine Anfrage bei pro familia erfolgen könne und somit die Nachfrage nach Daten zu Zwangsheiraten aufgegriffen werde.

Weiterhin bedankte sich Herr Lienesch für die CDU-Fraktion für den vorgelegten Integrationsbericht und bat um Auskunft zu Seite 18, Punkt 1.7 Asylbewerber und Geduldete im Stadtgebiet, ob es weitere aktuelle Erkenntnisse - auch vor dem Hintergrund der Syrienproblematik - gäbe.

Herr Parpart führte hierzu aus, dass momentan die aufgenommenen Personen alle noch untergebracht werden konnten, jedoch die Unterbringungskapazitäten insbesondere für Einzelpersonen nun erschöpft seien. Es werde zukünftig weitere Zuweisungen geben und die Stadt Sankt Augustin sei zur Unterbringung verpflichtet. Demnach werde zeitnah ein Vorschlag an die Politik erfolgen, da entweder neue Standorte geschaffen oder vorhandene Standorte erweitert werden müssten.

Herr Montexier erfragte abschließend, ob der Verwaltung Daten zu Scheinehen bekannt seien sowie zu Fällen von Asylanten, die ausgewiesen wurden, beziehungsweise zu Fällen der unbilligen Härte, bei denen die ausgewiesenen Asylanten dennoch in Deutschland verweilen durften. Herr Klein erklärte, dass es sich bei der Frage um Zuständigkeiten der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises handele und die Verwaltung somit keine Daten vorliegen habe. Herr Parpart unterbreitete den Vorschlag, dass seitens der Mitglieder des Integrationsrates eine konkrete Anfrage zu diesen aufgeworfenen Fragen formuliert werden und die entsprechenden Auskünfte dann seitens der Verwaltung bei der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises abgefragt werden könnten. Herr Montexier stimmte diesem Vorschlag zu.

Die Vorsitzende, Frau Rubin, bedankte sich im Namen aller im Integrationsrat vertretenen Gruppierungen bei der Verwaltung, namentlich Herrn Klein und Herrn Parpart, für den umfangreichen Integrationsbericht.

Die Mitglieder des Integrationsrates haben den Integrationsbericht der städtischen Ausländerberatung

**zur Kenntnis genommen.**

<b>5</b>	<b>13/0212</b>	<b>Auswahl eines Logos für den Integrationsrat</b>	<b>FB 4</b>
----------	----------------	--	-------------

Herr Parpart erläuterte vor der Abstimmung zur Auswahl eines Logos die Sichtweise der Verwaltung zu den einzelnen Vorschlägen der beiden Schulen. Zunächst solle ein Dank an beide Schulen für das Engagement, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, erfolgen. Die Entwürfe seien insgesamt sehr unterschiedlich. Die der Hauptschule Niederpleis seien handschriftlich und zeichnerisch erstellt worden, die Entwürfe des Rhein-Sieg-Gymnasiums seien dagegen in digitaler Form übermittelt worden.

Herr Parpart wies zudem nochmals darauf hin, dass das Wappen der Stadt Sankt Augustin innerhalb des Logos nur verwendet werden dürfe, sofern es unverfälscht sei. Die Favoriten der Verwaltung seien, auch aus Gründen des Drucks in kleineren Dimensionen oder in schwarz-weiß, die Entwürfe Nummer eins und zwei des Rhein-Sieg-Gymnasiums. Alle anderen Vorlagen müssten entsprechend überarbeitet werden.

Im Anschluss stimmten die Mitglieder des Integrationsrates über die eingereichten Entwürfe durch Kenntlichmachung der Entwürfe mit einem Aufkleber ab. Die Mitglieder des Integrationsrates entschieden sich alle für Entwurf Nr. 2 des Rhein-Sieg-Gymnasiums als künftiges Logo des Integrationsrates.

Die Vorsitzende, Frau Rubin, stellte das Gesamtergebnis fest und bedankte sich auch bei dem anwesenden Herrn Tel der Hauptschule Niederpleis.

Herr Lienesch unterbreitete den Vorschlag eines Dankesbriefes an beide Schulen.

Herr Pasaportis und Herr Radke bemerkten zu dem gewählten Logo, dass in der farblichen Darstellung etwas hellere Farben bei der Erdkugel gewählt werden sollten, sofern dies möglich sei. Die anderen Mitglieder des Integrationsrates stimmten dieser Bemerkung zu. Ein Hinweis an den Ersteller dieses Logos solle erfolgen.

<b>6</b>		<b>Anträge der Fraktionen und der im Integrationsrat vertretenen Listen</b>	
----------	--	---	--

<b>6.1.1</b>	<b>13/0272</b>	<b>Erstellung eines Integrationskonzeptes durch den Rhein-Sieg-Kreis für die Beantragung eines kommunalen Integrationszentrums</b>	<b>FB 4</b>
--------------	----------------	--	-------------

Die Vorsitzende, Frau Rubin, stellte den Antrag der Internationalen Liste anhand der Vorlage vor.

Herr Lienesch bemerkte zu dem vorliegenden Antrag, dass seitens des Integrationsrates mehr als eine Anregung an den Rhein-Sieg-Kreis wohl nicht erfolgen könne, da auch aufgrund der gesetzlichen Grundlage feststünde, dass nur Kreise und kreisfreie Städte entscheiden könnten. Die Stadt Sankt Augustin als kreisangehörige Stadt sei somit nicht zuständig. Es sei jedoch zu hinterfragen, ob es bereits Aussagen des Rhein-Sieg-Kreises zur Erstellung oder zumindest Planung eines Integrationskonzeptes gäbe.

Herr Parpart führte zustimmend zur Aussage von Herrn Lienesch aus, dass nach § 7 des Teilhabe – und Integrationsgesetzes in Verbindung mit den Richtlinien über die Förderung von kommunalen Integrationszentren bezüglich der Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums nur die Kreise und die kreisfreien Städte antragsbefugt seien. Zum aktuellen Sachstand in Bezug auf die Beantragung eines kommunalen Integrationszentrums habe das Kreissozialamt auf Nachfrage mitgeteilt, dass im Rhein-Sieg-Kreis Integration auf den verschiedensten Ebenen bereits in der Vergangenheit thematisiert und vorangetrieben worden sei. Der Landrat und die Hauptverwaltungsbeamten hätten einen Antrag auf Zulassung zu einem kommunalen Integrationszentrum davon abhängig gemacht, dass den mit einem kommunalen Integrationszentrum einhergehenden Mehrkosten auch ein entsprechender „Mehrwert“ gegenüberstünde. Diese Prüfung sei derzeit noch nicht abgeschlossen – insofern sei die Entscheidung, ob der Rhein-Sieg-Kreis einen Antrag auf Zulassung zu einem kommunalen Integrationszentrum stelle, noch offen. Im Rahmen des Kreisentwicklungskonzeptes sei jedoch bereits zusammen mit Interessierten auch ein Integrationskonzept erarbeitet worden. An der Erstellung des Integrationskonzeptes habe für die Stadt Sankt Augustin Frau Kusserow im Jahre 2011 mitgewirkt, da sie federführend die Erstellung der Leitlinien zur Integration der Stadt Sankt Augustin betreut habe. Die Frage, ob und inwieweit dieses Integrationskonzept weiterentwickelt werde, sei abhängig von der Frage nach der Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums. Da diese Grundsatzentscheidung noch offen sei, seien auch noch keine Festlegungen hinsichtlich der Fortschreibung eines Integrationskonzeptes getroffen worden. Gleiches gelte für den Aspekt der Einbindung von bestehenden Integrationsräten / -ausschüssen. Die Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Kommunen würden derzeit an der Integrationsarbeit in der bisherigen Form festhalten wollen. Mit dem Aufbau eines kommunalen Integrationszentrums stehe der zu erzielende Mehrwert in keinem vernünftigen Verhältnis zur Mehrarbeit in den Kommunen und zu den finanziellen Mehrbelastungen trotz Fördermitteln. Nach den Förderrichtlinien würden Personalkosten bis maximal 170.000,00 € pro Jahr für 3,5 Stellen finanziert werden. Die Richtlinien sähen zudem eine Selbstverpflichtung über eine regelmäßig im Zwei-Jahres-Turnus erfolgende Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte in Abstimmung mit den örtlichen Akteuren der Integrationsarbeit vor. Zusätzlich müsse der Kreis geeignete Räumlichkeiten bereitstellen, die Verwaltungskosten einschließlich Reisekosten sowie die Kosten für Lehr – und Lernmittel tragen, am Förderprogrammcontrolling teilnehmen und an einem überregionalen Erfahrungstransfer mitwirken. Bezüglich der nicht gedeckten Mehrkosten sei die letzte bekannte Zahl etwa 80.000,00 € gewesen.

Herr Kammel betonte nach den Ausführungen von Herrn Parpart, dass nicht jedes Mittel zur Integration ausgenutzt werden müsse, wenn die Mehrkosten von etwa 80.000,00 € tatsächlich auch keinen vernünftigen Mehrwert bringen würden.

Herr Radke stellte die Frage, ob seitens der Verwaltung ein Mehrwert für die Stadt Sankt Augustin für die örtliche Integrationsarbeit gesehen werde. Herr Parpart erklärte dazu, dass die Verwaltung keinen direkten Mehrwert sehe, da die Stadt Sankt Augustin hinsichtlich der Integrationsarbeit bereits viel zu bieten habe – auch gerade durch die städtische Ausländerberatung.

Herr Pasaportis führte aus, dass der Kostenpunkt in diesem Falle nicht im Vordergrund stehen, sondern entsprechend tatsächlich zumindest ein Appell an den Rhein-Sieg-Kreis erfolgen solle, um etwas in Bewegung zu setzen. Herr Parpart entgegnete, dass ein Bericht erfolge, sobald das Ergebnis feststünde. Ein Endpunkt einer Prüfung durch den

Rhein-Sieg-Kreis sei nicht zu erkennen. Entsprechende Anträge auf Gewährung von Zuwendungen müssten nach den Förderrichtlinien für das Jahr 2014 bis zum 31.10.2013 vorliegen. Dieser Zeitraum sei jedoch nicht einzuhalten.

Herr Montexier bemerkte zusätzlich, dass aufgrund zu erwartender steigender Zahlen von Migrantinnen und Migranten nicht von einem derzeitigen Mehrwert ausgegangen werden dürfe, sondern der Mehrwert für die Zukunft mit berücksichtigt werden müsse. Ein Appell des Rates der Stadt Sankt Augustin an den Rhein-Sieg-Kreis sei erforderlich, da so auch die Notwendigkeit der Integrationspolitik hervorgehoben werde.

Herr Lienesch entgegnete, dass ein entsprechender Appell an den Rhein-Sieg-Kreis auch auf direktem Wege durch den Integrationsrat erfolgen könne und nicht der Rat der Stadt Sankt Augustin hinzugezogen werden müsse, da im Grunde weder der Integrationsrat noch der Rat der Stadt Sankt Augustin in diesem Falle zuständig sei. Ein Kompromissvorschlag sei insgesamt jedoch, dass die Verwaltung gebeten werde, entsprechende Mehrwerte zunächst aufzulisten und dann in den nächsten Sitzungen des Integrationsrates den Antrag der Internationalen Liste erneut aufzugreifen.

Herr Parpart unterbreitete den Vorschlag das Teilhabe – und Integrationsgesetz sowie die Richtlinie zur Förderung Kommunaler Integrationszentren als Anlage zur Niederschrift beizufügen und den gestellten Antrag erneut auf die Tagesordnung zu setzen, sobald es eine Änderung im Sachstand gäbe.

Das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen sowie die Richtlinie für die Förderung Kommunaler Integrationszentren sind der Niederschrift als Anlage beigelegt (Anlage 1 und Anlage 2 zu TOP 6.1.1).

Die Mitglieder des Integrationsrates nahmen den Verfahrensvorschlag von Herrn Parpart an und stimmten über diesen wie folgt ab:

**einstimmig**

<b>7</b>		<b>Anfragen und Mitteilungen</b>	
----------	--	----------------------------------	--

<b>7.1</b>		<b>Anfragen</b>	
------------	--	-----------------	--

Es lagen keine Anfragen vor.

<b>7.2</b>		<b>Mitteilungen</b>	
------------	--	---------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen vor.

Die Vorsitzende bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern des Integrationsrates für die konstruktive Teilnahme und schloss die Sitzung um 18:57 Uhr.

Sankt Augustin, den 08.11.2013

Sabrina Wagenbrenner  
Protokollführer/in

Joginder Rubin  
Ausschussvorsitzende/r

Gesehen:

Klaus Schumacher  
Bürgermeister